



»Es gibt ein riesiges Potential für neue Klassenallianzen«

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz diskutierten Vertreter von Protestbewegungen der BRD die Systemfrage

jW faulheit & arbeit

Weiter drehend

Ausschuss zu Berliner Terroranschlag:
4 Drei Zeugen stützen brisante Aussage eines Kripobeamteten

Waffenstarrend

Frankreich: Militarisierung eines politischen Konflikts. Tote und Verletzte seit Beginn des Protests
7

Widerstehend

Chinas Ökonomie wächst. US-Strafzölle haben kaum Auswirkungen. Kooperation mit Ostafrika
9

Welterschütternd

Von Weimar nach Berlin: In Thüringen wird NSDAP im Januar 1930 erstmals Regierungspartei
15

Agrarwende? Geht doch!

Zehntausende Teilnehmer zu Protestdemo erwartet. Ministerin Klöckner verteidigt Profitinteressen der Großkonzerne und verspottet Kritiker.
Von Steffen Stierle



An scharfen Konflikten mangelt es der agrarpolitischen Debatte nicht, wie die Auseinandersetzungen rund um die am Freitag in Berlin eröffnete »Grüne Woche« zeigen. 500 Landwirte folgten mit ihren Traktoren dem Aufruf des Netzwerks »Land schafft Verbindung«, das gegen schärfere Umweltauflagen mobilisierte. Am Samstag erwartet das Bündnis »Wir haben es satt« Zehntausende Teilnehmer zu Demonstrationen für eine »Agrarwende« hin zu kleinbäuerlichen und ökologisch nachhaltigen Produktionsweisen.

Die Aktionen am Wochenende richten sich gegen den Einfluss der mächtigen Agrarindustrie und die Politik ihrer vordersten Frontkämpferin, Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU). »Seit Jahrzehnten stemmt sich die Agrarlobby gegen jede Veränderung«, heißt es im Aufruf des von 55 Organisationen getragenen Bündnisses. Klöckner lasse die Bauern bei den notwendigen Veränderungen allein. Sie wolle die Milliardensubventionen »weiter denen geben, die viel Land besitzen – egal, wie sie wirtschaften«. Auf EU-Ebene wird derzeit die Zukunft der »Gemeinsamen Agrarpolitik« (GAP) verhandelt. Vorschlägen, die Mittelvergabe

stärker an ökologische Kriterien zu koppeln, erteilte Klöckner eine klare Absage.

Weiteren agrarpolitischen Sprengstoff für die kommenden Monate beinhalten etwa das geplante EU-Mercosur-Handelsabkommen, die Düngemittelverordnung, das Agrarpaket der Bundesregierung sowie die Ackerbaustrategie. Klöckner propagiert Gentechnik als probates Mittel gegen den Klimawandel und will restriktive EU-Regeln aufweichen. Die Ministerin hat einen klaren Kompass. Es gilt, die Profitinteressen der im mächtigen Deutschen Bauernverband organisierten Agrarkonzerne gegen Kleinbauern, Tierschützer und Klimaschutzaktivisten zu verteidigen. Dass das Mercosur-Abkommen der Regenwaldrodung und Menschenrechtsverletzungen im Brasilien des faschistischen Präsidenten Jair Bolsonaro Vorschub leistet, wiegt wenig, wenn es den Bedarf der deutschen Massentierhaltung an billigen Sojaimporten zu decken gilt. Die Düngemittelverordnung wird aufgeweicht, das Ende des grausamen und illegalen Kükenscheddens ebenso rausgezögert wie das Aus für das Pflanzengift Glyphosat.

Schließlich hat sich der deutsche Chemieriese Bayer mit der Übernahme des Glyphosat-Produzenten Monsanto

2016 schon genug Ärger eingehandelt. So sind in den USA mittlerweile rund 80.000 Klagen von geschädigten Nutzern des mutmaßlich krebserregenden Mittels anhängig, wie Konfliktmediator Kenneth Feinberg am Donnerstag gegenüber *Bloomberg* verriet. Bislang hat der Konzern sämtliche Verfahren verloren und ist zu millionenschweren Entschädigungszahlungen verdonnert worden.

Wenn die Verbraucher Tierquälerei, Amazonas-Rodung und Pflanzengift nicht wollen, müssen sie die Produkte ja nicht kaufen, mit denen ihre Politik die Märkte überflutet, so die Logik der Bundesagrarministerin. »Ich mute uns Verbrauchern unsere Freiheit und unsere Mitverantwortung zu«, sagte

sie zur Eröffnung der »Grünen Woche« am Freitag. Die Kritik an ihrer Politik versucht sie ins Lächerliche zu ziehen. »Wir werden nicht mit romantisierenden Bullerbü-Vorstellungen zurück zu einer vormodernen Landwirtschaft kehren«, sagte sie am Donnerstag bezogen auf die geplanten Proteste. »Wir haben es satt«-Sprecherin Saskia Richartz sagte gegenüber *jW*: »Frau Klöckner wirft engagierten Bauern und Bürgern Bullerbü-Mentalität vor und schwingt gleichzeitig Lobreden auf Konzerne wie Nestlé.« Das zeige, wessen Geistes Kind sie sei.

■ Demonstration »Wir haben es satt«, Samstag, 12 Uhr, Brandenburger Tor, Berlin
■ Siehe Seite 3

Dein Abo zur rechten Zeit.

junge Welt stärken
Siehe Seite 16 und beiliegenden Flyer!

Somalia: Kämpfe zwischen Al-Schabab und Milizen

Mogadischu. In Somalia sind bei Kämpfen zwischen den Dschihadisten von Al-Schabab und lokalen Milizen der Regierung zufolge 19 Menschen getötet worden. Darunter seien 15 Mitglieder von Al-Schabab, drei somalische Soldaten und ein Kämpfer einer Miliz, sagte Regierungssprecher Ismael Mukhtar Omar am Freitag. Zudem seien 26 weitere Mitglieder von Al-Schabab verletzt worden. Mitglieder der Dschihadistenmiliz griffen demnach am Freitag morgen das Dorf Hadsch Ali im Süden des Landes an und lieferten sich Kämpfe mit lokalen Milizen. In verschiedenen Regionen Somalias haben sich Milizen gebildet, die Al-Schabab bekämpfen und teilweise von den Streitkräften unterstützt werden. Diese schickten Unterstützung in das Dorf, wie Regierungssprecher Omar sagte. (dpa/jW)

Post: Zahl der Beschwerden weiter gestiegen

Bonn. Der Ärger vieler Menschen über Probleme bei der Postzustellung hat sich 2019 erneut vergrößert. Bei der Bundesnetzagentur gingen im vergangenen Jahr 18.209 schriftliche Beschwerden ein, wie aus Zahlen der Behörde hervorgeht. Das sind rund ein Drittel mehr als 2018. Blickt man noch weiter zurück, hat sich die Zahl etwa verdreifacht – 2017 gab es 6.100 Beschwerden. Für den meisten Ärger sorgten dabei Briefe, die zu spät oder gar nicht bei ihren Empfängern ankamen. Bei der Paketzustellung waren die monierten Probleme ähnlich. In den größten deutschen Städten, Berlin und Hamburg, war der Unmut – umgerechnet auf die Einwohnerzahl – am größten. Die Beschwerden bei der Bonner Regulierungsbehörde beziehen sich auf die gesamte Branche. Da die Deutsche Post Marktführer ist, richtete sich die allermeiste Kritik gegen sie. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.218 Genossinnen und Genossen (Stand 14.1.2020)
www.jungewelt.de/lpg

